

Script Rundschreiben Länder- und Marktinformationen

LMI_Nr. 3.docx

Länder- und Marktinformationen

Afrika

AFRIKA / FINANZIERUNG & RECHT: Ausfuhr Risiken minimieren

NIGER / WIRTSCHAFT & POLITIK: EU unterstützt ECOWAS-Sanktionen

Amerika

BRASILIEN / GELDPOLITIK: Zentralbank senkt Leitzins auf 13,25%

USA / CHEMIE: Der Kampf gegen Einwegplastik

Asien/Ozeanien

ASIEN-PAZIFIK / FORDERUNGSMANAGEMENT Unternehmen bitten früher zur Kasse – Cashflow-Risiken gesunken

CHINA / AUSSENHANDEL: Chinas Exportbeschränkungen für seltene Metalle treten in Kraft

CHINA / AUSSENHANDEL: USA setzen weitere Unternehmen auf die schwarze Liste

CHINA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Beijing setzt aufs Prinzip Hoffnung

CHINA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Erleichterte Einreise für ausländische Geschäftsleute

INDIEN / TECHNOLOGIE: Das Rechenzentrum der Welt?

INDONESIEN / AGRARSEKTOR: Angestrebte Autarkie rückt immer weiter in die Ferne

PHILIPPINEN / AUSSENHANDEL: EU will erneut über Freihandel sprechen

ZENTRALASIEN / AUSSENHANDEL: Warenaustausch mit China ist stark gewachsen

Europa

DÄNEMARK / PERSONAL: Homogenes Lohnniveau

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: Exporte steigen nur marginal – Schwache globale Nachfrage

EUROPA / LOGISTIK: Containerumschlag fällt gegenüber der Welt weiter zurück

FRANKREICH / E-MOBILITÄT: Quantron liefert 250 Brennstoffzellenautos

GROSSBRITANNIEN / AUSSENHANDEL: London setzt weiter auf CE

GROSSBRITANNIEN / ERNEUERBARE ENERGIEN: Octopus kündigt Milliardeninvestitionen an

Osteuropa und Zentralasien

POLEN / INVESTITIONEN: Weiterhin enger Partner Kyjiws

UKRAINE / WIRTSCHAFT & POLITIK: London setzt weiteren Meilenstein

Naher Osten und mittlerer Osten

TÜRKEI / AUSSENHANDEL: China will Einfuhren erhöhen

TÜRKEI / KONJUNKTUR: Inflation steigt im Juli auf 47,8%

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE / BAUINDUSTRIE: Leichter Optimismus im Immobilienmarkt

Welt

WELT / AUSSENHANDEL: Kiel Trade Indicator im Juli „durchweg negativ“

WELT / FINANZIERUNG: Warum sich Kredite so stark verteuert haben

WELT / ROHSTOFFE: Deutschland könnte mehr Seltene Erden aus Grönland erhalten

WELT / ROHSTOFFE: Finanzierungslücke bei Wasserstoffprojekten

WELT / TRANSPORT: Erholung im Luftverkehr - sinkende Frachtraten in der Schifffahrt

Anleitung:

AFRIKA / FINANZIERUNG & RECHT: AUSFUHRRISIKEN MINIMIEREN

Die Mittelmeeranrainer - insbesondere die Maghreb-Staaten sowie Ägypten - bieten deutschen Exporteuren vielfältige Geschäftschancen. Bei der Wahl der Zahlungsmodalitäten gilt es, die regionspezifischen Risiken im Blick zu behalten und die Risikoabsicherung anzupassen.

Der afrikanische Kontinent gewinnt für deutsche Unternehmen als Exportmarkt weiter an Relevanz: Laut Statistischem Bundesamt legten die Exporte in afrikanische Länder im Jahr 2022 um 14,5% zu und erreichten somit ein Volumen von 26,4 Mrd Euro.

Mit Lieferungen im Wert von 9,8 Mrd Euro führt Südafrika diese Statistik an, dann folgen schon nordafrikanische Länder. Das hat seine Gründe: Mit Ägypten, Algerien und Marokko liegen drei der fünf größten Volkswirtschaften des Kontinents - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - im Norden. Zudem ist die geographische Nähe zu den EU-Ländern ein entscheidender positiver Faktor für die Wirtschaftsbeziehungen.

Die Länder des Maghreb sowie Ägypten gelten als attraktive Zukunftsmärkte - allen voran Ägypten, das 2021 ein BIP von 423,1 Mrd US-Dollar aufwies und das mit 4,2 Mrd Euro Importvolumen im vergangenen Jahr größter Abnehmer deutscher Exporte in der Region war. Die Deutsch-Arabische Industrie- und Handelskammer erwartet vor dem Hintergrund der schieren Größe des Binnenmarktes (110 Mio Einwohner) weiteres wirtschaftliches Wachstum.

Chancen im Maghreb

Auch Marokko mit 2,8 Mrd Euro Importvolumen, Tunesien mit 1,7 Mrd und Algerien mit 1,7 Mrd liegen in den Top 10 der größten deutschen Exportmärkte in Afrika. In Marokko sorgen das relativ liberale Investitionsklima und vergleichsweise stabile politische Rahmenbedingungen für ein investitionsfreundliches Wirtschaftsumfeld.

In Algerien ist derzeit noch die Förderung von Bodenschätzen wie Erdöl und Erdgas der Hauptträger der Wirtschaftsleistung. Das Land hat aber Maßnahmen ergriffen, um die inländische Wirtschaft zu diversifizieren. So besteht etwa seit 2020 in sogenannten nicht-strategischen Sektoren kein Joint-Venture-Zwang von internationalen mit lokalen Unternehmen mehr. Insbesondere die Nahrungsmittel- und Verpackungsindustrie, Automobil und Bergbau, aber auch Umwelttechnik sowie Pharma und Kosmetik bergen den Experten des Wirtschaftsnetzwerks Afrika zufolge Wachstumschancen.

Wo Chancen warten, sind Herausforderungen naturgemäß nicht weit. Neben den Fragen nach der Liquidität und Bonität der Importeure und ihrer Hausbanken gehören auch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu den Risikofaktoren. So stand etwa ein Kunde der LBBW vor der Situation, dass der algerische Besteller aufgrund innenpolitischer Uneinigkeit unter staatliches Kuratel gestellt wurde und deshalb kurzzeitig in Zahlungsverzug geriet. Zudem kann der Umgang mit Devisen zum Problem werden. In Staaten wie Ägypten und Algerien kann es zu relativ kurzfristigen Änderungen der Devisenbestimmungen und sogar Zahlungsmoratorien kommen, was zu Verzögerungen in der Zollabfertigung oder bei Zahlungen führen kann.

Arten der Absicherung

Das geringste Risiko für den Lieferanten bietet auch im Exportgeschäft die Vorauszahlung. Hier zahlt der Empfänger das Geld vorab und trägt damit zunächst das volle finanzielle Risiko des Geschäfts. Diese Variante senkt das Risiko für den Exporteur auf null, findet jedoch mitunter ihre Grenzen in der Ablehnung der Vorauszahlung durch den Importeur oder in den gesetzlichen Bestimmungen des jeweiligen Exportmarktes - in Algerien etwa sind maximal 15% der Kaufsumme als Vorauszahlung erlaubt und das auch nur, wenn die Hausbank eine Anzahlungsgarantie liefert. Alternativ vereinbaren

Lieferanten und Besteller oft vermeintlich sichere Zahlungsverfahren wie Inkassi oder Akkreditive. Diese versprechen allerdings Sicherheiten, die im Ernstfall nur schwerlich einzulösen sind: Beim Inkassoverfahren gibt der Importeur dem Exporteur ein rechtsverbindliches Zahlungsverprechen. Im Ernstfall - also dem Zahlungsausfall - fehlt jedoch der Hebel, um dieses Recht geltend zu machen.

Das sogenannte Akkreditiv mit Zahlungsziel ist ein Zahlungsverprechen der Hausbank des Importeurs, die die in Rede stehende Summe zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Lieferung an den Lieferanten zahlt. Auch hier ist der rechtliche Anspruch im Ernstfall gegenüber der ausländischen Bank kaum umzusetzen. Die Bonität einer Bank ist unter Umständen leichter zu überprüfen als die eines ausländischen Importeurs. Auch kann sich ein deutscher Finanzierungspartner des Exporteurs, sofern er gut vernetzt ist, an die ausländische Bank wenden und zur Zahlung auffordern. Doch die Risiken eines Zahlungsausfalls aufgrund von Liquiditätsproblemen oder auch eines Zahlungsmoratoriums trägt weiter der Exporteur. Die gute Nachricht: Eine Zahlungsvereinbarung mit Akkreditivbestätigung minimiert das Risiko eines Zahlungsausfalls für den Lieferanten signifikant. Dabei verpflichtet sich die Hausbank des Exporteurs in Deutschland dazu, die Rechnung des Importeurs zu begleichen, und übernimmt sowohl das Länder- als auch das Bonitätsrisiko des Importeurs und seiner Hausbank. Eine Bank wie die LBBW bietet ihren Kunden dies gegen eine Gebühr an und kann dieses Risiko managen, da sie über Netzwerke zu lokalen Banken sowie zu weiteren Drittbanken verfügt. Eine wichtige Rolle spielen die Korrespondenzbanken in der Region. Das sind die lokalen Banken in den Auslandsmärkten, mit denen die dortigen Unternehmen ihre Hausbankgeschäfte machen, mit denen die LBBW aber auch andere Dienstleistungen abwickelt. Ein weiterer wichtiger Baustein sind supranationale Institute wie etwa die International Finance Corporation (IFC), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) oder die afrikanische Förderbank African Export and Import Bank (AFREXIM). Im Rahmen ihrer Förderprogramme zur Außenhandelsfinanzierung übernehmen diese Teilrisiken von Banken in Entwicklungs- und Schwellenländern und ermöglichen so Geschäftsbeziehungen in volatilen Regionen.

NIGER / WIRTSCHAFT & POLITIK: EU UNTERSTÜTZT ECOWAS-SANKTIONEN

Die Europäische Union unterstützt die von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegen die selbsterklärten neuen Machthaber im Niger. Die Europäische Union werde die Entscheidung der ECOWAS „schnell und entschlossen“ umsetzen, teilte der Außenbeauftragte Josep Borrell in Brüssel mit.

Die EU erklärte zudem, sie mache die Putschisten im Niger für die Angriffe auf Zivilisten, Diplomaten und Botschaften verantwortlich. Pro-Junta-Demonstranten hatten zuvor vor der französischen Botschaft in dem westafrikanischen Land protestiert. Die ECOWAS hatte finanzielle Sanktionen gegen die selbsterklärten neuen Machthaber im Niger beschlossen. Sie stellte den putschenden Militärs zudem in einer Erklärung das Ultimatum, die Macht innerhalb einer Woche an die legitimen Institutionen zurückzugeben.

Amerika

BRASIL IEN / GELDPOLITIK: ZENTRALBANK SENKT LEITZINS AUF 13,25%

Die brasilianische Zentralbank hat ihren Leitzins um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Es ist die erste Änderung des Zinssatzes seit einem Jahr und könnte die erste einer Reihe von weiteren Senkungen sein. Der Leitzins in Brasilien ist aktuell einer höchsten weltweit. Der geldpolitische Ausschuss der Bank senkte den Selic-Satz von 13,75 auf 13,25%, nachdem er im August 2022 auf dieses Niveau angehoben worden war. Damit wird ein Zinserhöhungszyklus umgekehrt, der im März 2021 begann, als der Selic auf einem Rekordtief von 2% lag.

Die Notenbank erklärte, sie habe eine Senkung um einen Viertelprozentpunkt in Erwägung gezogen, sich aber aufgrund der anhaltenden Verbesserung der Inflationsaussichten für eine stärkere Senkung entschieden. „Wenn sich das Szenario wie erwartet entwickelt, erwarten die Ausschussmitglieder einstimmig weitere Senkungen in der gleichen Größenordnung in den nächsten Sitzungen, und der Ausschuss ist der Ansicht, dass dieses Tempo angemessen ist, um die notwendige kontraktive Geldpolitik für den Desinflationsprozess beizubehalten“, so die brasilianische Zentralbank in einer Erklärung.

Fünf Ausschussmitglieder hatten für eine Senkung um einen halben Prozentpunkt gestimmt, die anderen vier für eine Senkung um einen Viertelprozentpunkt. Ökonomen hatten mit einer Senkung um 25 Basispunkte gerechnet.

USA / CHEMIE: DER KAMPF GEGEN EINWEGPLASTIK

Ergänzend zum bisher üblichen mechanischen Recycling von Kunststoffen entwickeln viele Unternehmen neue Behandlungs- und Rückgewinnungsmethoden. So kommt bei gemischten Kunststoffabfallströmen immer häufiger chemisches Recycling zum Einsatz: Dabei werden Polymere so stark reduziert, dass sich aus ihnen neue Kunststoffe herstellen lassen.

So setzen die US-Unternehmen ExxonMobil, Cyclyx International und Sealed Air zusammen mit der US-Niederlassung von Ahold Delhaize auf ein neues Recycling- und Kreislaufkonzept für Lebensmittelverpackungen: Dabei werden Kunststoffabfälle in ihre molekularen Bausteine zerlegt und über den sogenannten Massenbilanzansatz zu neuem Kunststoff für Lebensmittelverpackungen verarbeitet. Mithilfe der Massenbilanz sollen sich Menge und Nachhaltigkeitsgrad zirkulärer oder biobasierter Materialien in der Wertschöpfungskette und in jedem Prozessschritt nachverfolgen lassen.



Das mechanische Recycling soll mit dem chemischen ergänzt werden

Auch das US-Energieministerium (DOE) fördert die Weiterentwicklung chemischer Recyclingtechnologien. Einen weiteren Schwerpunkt legt es auf Technologien für biologisch abbaubare und biobasierte Materialien. Mit dem Ziel, vielversprechende neue Lösungen schnell an den Markt zu bringen, finanziert das DOE seit 2020 die Forschungsinitiative BOTTLE. Beteiligt an der Initiative sind fünf nationale DOE-Labors und fünf Universitäten, darunter vier in den USA, sowie Industriepartner wie Amazon, Kraft Heinz und Patagonia.

Biotechnologie liefert vielversprechende Ansätze

Eine dieser Technologien ist das enzymatische Recycling: Dabei werden Polymere unter Einsatz von Enzymen in ihre Grundbausteine zerlegt und dann zu neuem PET-Kunststoff aufbereitet, ohne Rückgriff auf neues Erdöl. Das französische Cleantech-Start-up Carbios ist dabei schon relativ weit fortgeschritten: Gemeinsam mit L'Oréal, Nestlé Waters, PepsiCo und Suntory Beverage and Food hat Carbios den Proof-of-Concept für ein Kunststoffflaschen-Biorecyclingverfahren erbracht und strebt nun eine Produktion in industriellem Maßstab an.

Covestro will ebenfalls zunehmend Mikroorganismen und Enzyme für seine Produkte und Verfahren nutzen; zusammen mit der US-Biotechfirma Genomatica hat der deutsche Werkstoffhersteller ein Verfahren entwickelt, ein Vorprodukt für Lack- und Klebstoffrohstoffe aus pflanzlichen Rohstoffen und mithilfe von Biotechnologie zu erzeugen.

Auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene zielen immer mehr Maßnahmen darauf ab, den Kunststoffverbrauch zu reduzieren und moderne Recyclingtechnologien zu fördern. In den letzten fünf Jahren haben 20 US-Bundesstaaten Gesetze zur Förderung sogenannter fortschrittlicher Recyclingverfahren erlassen. Das gilt vor allem für „rote“ Bundesstaaten, das heißt solche, die mehrheitlich die Republikanische Partei wählen. So lassen sich zum Beispiel durch die Neueinstufung als Produktions- statt als Behandlungsanlagen für Festabfälle in einigen Regionen bundesstaatliche und kommunale Steuererleichterungen geltend machen. Iowa, Ohio und Texas erlauben auch die - umweltpolitisch umstrittene - thermische Verwertung wie Pyrolyse und Vergasung von Kunststoffen, die letztlich zur Bildung von Brennstoffen dient.

„Blaue“ Staaten dagegen, die überwiegend die Demokratische Partei wählen, verbieten vor allem Einwegplastikprodukte. In acht US-Bundesstaaten sind bereits Einwegplastiktüten untersagt, eine Reihe weiterer plant diesen Schritt. Auch Städte und Gemeinden führen Verbote ein, etwa von Plastikstrohhalm oder expandiertes Polystyrol.

Asien/Ozeanien

ASIEN-PAZIFIK / FORDERUNGSMANAGEMENT Unternehmen bitten früher zur Kasse – Cashflow-Risiken gesunken

In der Region Asien-Pazifik haben Unternehmen ihr Kreditmanagement unterschiedlich auf die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen angepasst. Obwohl weniger Firmen von Zahlungsverzögerungen betroffen sind, veranlassen verteuerte Rohstoffe und steigende Zinssätze viele Unternehmen, ihre Zahlungsfristen zu verkürzen und Kunden früher zur Kasse zu bitten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Kreditversicherers Coface.



Der Bau- und IT-Sektor haben die Fristen um 8 beziehungsweise 11 Tage gekürzt

Der Anteil von Unternehmen, die ihren Kunden Zahlungsfristen, also einen Zahlungskredit, anbieten, ist 2022 im asiatisch-pazifischen Raum auf ein Zehn-Jahres-Tief von 73% gesunken - gegenüber 77% im Jahr 2021 und 83% im Jahr davor. Die Firmen, die Zahlungsfristen offerieren, agieren zurückhaltender und so sank die durchschnittliche Kreditlaufzeit von 71 Tagen im Jahr 2021 auf 66 Tage im Jahr 2022. Zum Vergleich: In Deutschland betrug die Zahlungsfrist bei der letzten Befragung im Schnitt 33 Tage.

Mit 48 Tagen und einem Rückgang um fünf Tage im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet Singapur die kürzeste durchschnittliche Kreditlaufzeit. Am großzügigsten zeigen sich Unternehmen in China, wo Kunden im Schnitt 81 Tage Zeit haben, ihre Rechnungen zu begleichen. Wirft man einen Blick auf die Branchen, so wird deutlich, dass 10 der 13 untersuchten Sektoren restriktiver agieren. Die IT-Branche und das Baugewerbe kürzten ihre Zahlungsfristen am stärksten, um 11 beziehungsweise 8 Tage.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren weniger Unternehmen mit überfälligen Zahlungen konfrontiert. Der Anteil von Firmen, die länger als vereinbart auf ihr Geld warten mussten, sank von 64% im Jahr

2021 auf 57% im Jahr 2022 und somit auf den niedrigsten Stand seit 10 Jahren. Allerdings nahm die Länge der Überziehungen im gesamten asiatisch-pazifischen Raum deutlich zu. Der durchschnittliche Zahlungsverzug stieg von 54 Tagen im Jahr 2021 auf 67 Tage, vergleichbar mit dem Stand von 2020 mit 68 Tagen. Den größten Anstieg verzeichneten dabei der Einzelhandel (15 Tage im Vergleich zum Vorjahr), die Pharmaindustrie (11 Tage) und der Energiesektor (10 Tage).

Nach den Erfahrungen von Coface werden 80% der Forderungen, die länger als 180 Tage überfällig sind, nie bezahlt. Cashflow-Risiken entstehen dann, wenn diese ultralangen Zahlungsverzögerungen (ULZVs) 2% oder mehr des Jahresumsatzes eines Unternehmens ausmachen. Hier zeigt die Umfrage eine Verbesserung: Der Anteil der Befragten, bei denen ULZVs mehr als 2% ihres Jahresumsatzes ausmachen, ging von 34% im Jahr 2021 auf 26% im Jahr 2022 zurück. Zwar meldeten 36% der Befragten in China und 45% in Hongkong Langzeit-Zahlungsverzögerungen von über 2% ihres Umsatzes, dies entspricht jedoch einem Rückgang von 27 beziehungsweise 21 Prozentpunkten gegenüber der letzten Befragung.

Ein positives Signal ist auch, dass der Anteil der Unternehmen, die ULZVs von über 10% ihres Jahresumsatzes meldeten, von 14% im Jahr 2021 auf 9% im Jahr 2022 sank. Gegen diesen Trend entwickelten sich die langfristigen Zahlungsverzögerungen in Australien. Der Anteil der Betroffenen stieg von einem hohen Niveau (56%) auf 63% im Jahr 2022 an.

CHINA / AUSSENHANDEL: Chinas Exportbeschränkungen für seltene Metalle treten in Kraft

Die chinesische Führung hat den Export zweier Metalle zur Herstellung von Halbleitern eingeschränkt. Am Dienstag trat eine Verfügung in Kraft, nach der Firmen, die Gallium oder Germanium ausführen, gesonderte Lizenzen brauchen.

China steuert nach Angaben der Europäischen Union derzeit 94% der weltweiten Gallium-Produktion bei. Das seltene Metall wird beispielsweise für Chipkarten benötigt, aber auch für LEDs und Solaranlagen. Germanium spielt eine wichtige Rolle in der Glasfaser- und Infrarottechnik. China ist hier für 83% der Produktion verantwortlich.

Die Beschränkungen „senden ein klares Signal, dass China alle Zügel in der Hand hält“, sagte Analyst James Kennedy der Nachrichtenagentur AFP. Das Vorgehen sei als Warnung zu verstehen. Den USA fügten sie indes bisher nur „minimalen Schaden“ zu, weil die Metalle auch aus anderen Quellen beschafft werden könnten. Sollte sich die US-Regierung allerdings für eine „Eskalation entscheiden“, hätte die nächste Antwort Chinas „Konsequenzen“, erklärte Kennedy.

Zudem wird auch die Ausfuhr bestimmter Drohnen ab September eingeschränkt. Diese Maßnahme richte sich zwar nicht an „bestimmte Staaten oder Gebiete“, erklärte das Handelsministeriums, dennoch führte es als Grund an, dass sie die Umrüstung für militärische Zwecke verhindern wolle.

CHINA / AUSSENHANDEL: USA setzen weitere Unternehmen auf die schwarze Liste

Die USA haben zwei weitere chinesische Unternehmen auf eine schwarze Liste gesetzt und Einfuhren dieser Unternehmen verboten. Ihnen wird nach Angaben der US-Regierung vorgeworfen, zur Unterdrückung von Minderheiten wie der Uiguren beizutragen und Zwangsarbeit zu unterstützen. In den USA ist bereits seit vergangem Jahr der Uyghur Forced Labor Prevention Act in Kraft, der die Einfuhr aller Güter aus Xinjiang verbietet. Eine Ausnahme gibt es für Unternehmen, die nachweisen können, dass die eigenen Produkte ohne Zwangsarbeit entstanden sind.

Bei den beiden neuen Unternehmen auf der schwarzen Liste handelt es sich um den Batteriehersteller Camel Group und die Chenguang Biotech Group. Bereits im Juni dieses Jahres setzte die US-Regierung den Druckerhersteller Ninestar Corporation und das Chemieunternehmen Zhongtai Chemical auf die Liste.

CHINA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Beijing setzt aufs Prinzip Hoffnung

Chinas Wirtschaft durchläuft entweder eine normale Schwächephase nach der Pandemie oder steht am Rande von etwas viel Schlimmerem: Einer schädlichen Deflationswelle und einem erneuten Abschwung. Die jüngst veröffentlichten Einkaufsmanagerindizes (PMI) für Juli untermauern die Argumente für Letzteres. Beijing will bevorzugten Sektoren unter die Arme greifen und Unternehmer fördern, ohne die großen geld- und fiskalpolitischen Waffen einzusetzen. Dieses übertriebene Selbstvertrauen könnte dem Land am Ende schwer zu schaffen machen.

Das Optimisten-Szenario läuft im Wesentlichen auf Folgendes hinaus: China ist erst vor etwa einem halben Jahr aus den Corona-Lockdowns herausgekommen, die Haushaltseinkommen erholen sich immer noch und auch die Arbeitsmärkte anderer Länder haben lange gebraucht, um wieder Fuß zu fassen. Im aktuellen Kommuniqué konstatiert das Politbüro, dass sich die Erholung kurvenreich und „wellenartig“ entwickeln dürfte. Die langfristigen Aussichten seien jedoch weiterhin positiv.

Beijing empfiehlt mehr politische Unterstützung, ohne jedoch große Maßnahmen zu ergreifen und Hinweise auf massive Stimuli sucht man vergebens. Die aktuelle Schwächephase, insbesondere im Dienstleistungssektor, ist außergewöhnlich. Der PMI des chinesischen Dienstleistungssektors lag im Juli bei 51,5 Punkten. Das markiert den schwächsten Wert seit Dezember und fast zwei volle Indexpunkte unter seinem Durchschnitt vor der Pandemie, der bis Anfang 2012 zurückreicht, so die Zahlen des Datenanbieters CEIC. Der PMI für das Baugewerbe lag im Juli bei dürftigen 51,2 Zählern, verglichen mit einem Durchschnitt vor Corona von etwa 60 Punkten.

Immobilien bleiben Sorgenkinder



Der Elektronik-Boom nach der Pandemie ist zu Ende

Das Pessimistenargument lautet, dass das, was jetzt in China passiert, nicht mit den Post-Corona-Erfahrungen anderer Volkswirtschaften vergleichbar ist. Chinas Immobiliensektor steckt in einem tiefen Abschwung. Entwickler bleiben finanziell unter Druck und die Projekt-Pipeline ist zusammengebrochen. Die Exporte sind erneut rückläufig, da der Elektronik-Boom der Pandemie-Ära nachlässt. Und die chinesischen Haushalte, die nun in mancher Hinsicht höher verschuldet sind als die US-amerikanischen, geraten von allen Seiten unter Druck. Sie erlebten eine viel längere Zeit der Pandemiebeschränkungen und fortlaufenden Lockdowns als in anderen Ländern. Ihr wichtigstes Kapital - der Wohnraum - beginnt wieder an Wert zu verlieren. Und die Regierung ist in den vergangenen Jahren hart gegen einige Schlüsselfaktoren für neue Arbeitsplätze vorgegangen: Internetplattformen und die gewinnorientierte Bildungsbranche.

Unter solchen Umständen reicht die rhetorische Unterstützung wohl nicht aus, um die Wende herbeizuführen. Wichtiger wären: direkte Steuertransfers an Haushalte, umfassende Verbesserungen des dürftigen sozialen Sicherheitsnetzes oder eine überzeugende Rückkehr zu einer ehrgeizigen, marktfreundlichen Reformagenda. Die Gefahr besteht darin, dass Beijing die aktuellen Probleme der Wirtschaft für etwas Vorübergehendes hält - und eine weitere Schwäche im Export und im Baugewerbe den Gesamtarbeitsmarkt wieder nach unten zieht. Es gibt bereits Warnzeichen. Der Beschäftigungssubindex für Chinas PMI im Baugewerbe sank im Juli auf 45,2 Punkte, den schwächsten Wert seit Dezember, und auch der Subindex für die Fabrikbeschäftigung bröckelte geringfügig ab.

Die nächsten Monate könnten für den Verlauf der chinesischen Wirtschaft in den kommenden Jahren von entscheidender Bedeutung sein. Bislang scheint Chinas Führung jedoch noch damit zufrieden zu sein, die Sommerhitze zu überstehen - und auf das Beste zu hoffen.

CHINA / WIRTSCHAFT & POLITIK: Erleichterte Einreise für ausländische Geschäftsleute

China will zur Ankurbelung seiner schwächelnden Wirtschaft ausländische Geschäftsleute künftig leichter einreisen lassen und die strengen Wohnsitzregeln für die eigenen Bürger lockern. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit kündigte insgesamt 26 Maßnahmen an.

Geschäftsleute aus dem Ausland, die in China eine Messe oder Konferenz besuchen oder die in der Volksrepublik investieren wollen, können künftig bei ihrer Einreise ein Visum beantragen, wie das Ministerium mitteilte. Bislang müssen sie dies in ihrem Heimatland tun, etwa bei der chinesischen Botschaft oder einem Konsulat. Die bislang geforderten Dokumente für ein Visum seien aber weiterhin notwendig.

Das Ministerium kündigte nun an, die Hukou-Regeln würden „weiter gelockert“. Menschen vom Lande, die in der Stadt arbeiten und leben könnten, sollten so zum Umzug mit ihren Familien „ermutigt“ werden. Das chinesische Statistikamt hatte Mitte Juli die Zahlen zum Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal vorgestellt. Mit 6,3% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fiel es unerwartet schwach aus. Problematisch sind neben der schlechten Konsumlaune auch die gesunkenen Exporte wegen der hohen Inflation in Europa und Nordamerika sowie die Schwierigkeiten des hoch verschuldeten chinesischen Immobiliensektors.

INDIEN / TECHNOLOGIE: Das Rechenzentrum der Welt?

Auch große Branchenunternehmen investieren in Indien. Dabei gibt es lokale Schwerpunkte. Je nach Quelle unterscheidet sich die Anzahl der in Indien bereits vorhandenen, sogenannten Colocation-Rechenzentren. Die oft genannte Menge von 138 Rechenzentren dürfte mittlerweile veraltet sein. Branchenblogs wie Cloudscene oder Data Center Map liegen mit ihren Schätzungen von 151 beziehungsweise 160 Colocations wohl näher an der tatsächlichen Zahl.

Die Marktgröße für 2021 wurde vom Marktforschungsunternehmen Arizton Advisory & Intelligence auf rund 4,4 Mrd US-Dollar geschätzt. Die Analysten prognostizieren bis 2027 ein Anwachsen auf über 10 Mrd Dollar.

Das Immobilienunternehmen ANAROCK Binswanger prognostizierte 2022, dass die Leistung von Colocation-Rechenzentren bis 2025 um 1.015 MW zulegen soll. Damit würde sich die Kapazität von 737 MW auf dann 1.752 MW mehr als verdoppeln. Den Flächenzuwachs geben die Experten mit 13 Mio Quadratfuß (rund 1,2 Mio qm) an.

Die Finanzberatung Avendus sieht die Entwicklung des Marktes ähnlich positiv. Sie prognostiziert, dass die Kapazitäten von 800 MW im Jahr 2022 auf 1.700 MW im Jahr 2025 steigen. Dafür sind laut Berechnungen 5 Mrd Dollar an Investitionen notwendig. Für die kommenden zehn Jahre sehen die Analysten sogar eine potenzielle Projektpipeline im Umfang von 3.000 MW und einem Investitionswert von 23 Mrd Dollar.

Die Erweiterung der Rechenzentren ist auch im Interesse der Regierung. Sie möchte Indien zu einem globalen Hub für diesen Technologiebereich ausbauen. Während die Unternehmen das vorhandene Potenzial bereits nutzen, ist die Verwaltung noch nicht ganz so weit. Ein Konzept für Datenzentren stellte die Regierung bereits 2020 vor, allerdings befindet sich dieses noch immer in der Diskussionsphase.

Viele Gründe fördern den Ausbau

Für den massiven Ausbau geben Fachleute den wachsenden Datenverbrauch als einen der Gründe an. Während 2022 pro Kopf in Indien erst 17 GB Datenvolumen im Monat genutzt wurden, sollen es 2027 bereits 50 GB sein. Hinzu kommt die steigende Zahl an Internetnutzern insgesamt. Der Branchenverband Internet and Mobile Association of India schätzte die Anzahl für 2022 auf 759 Mio

Nutzern und prognostiziert eine Zunahme bis 2025 auf 900 Mio. Auch der Start des Mobilfunkstandards 5G erhöht den Datenverbrauch. Hinzu kommt ein verstärkter Druck durch regulatorische Änderungen, Daten lokal zu speichern und zu verarbeiten.

Umsätze mit der Ausstattung von Rechenzentren in Indien (in Mrd US-Dollar)		
	2022	2026
Netzwerkinfrastruktur	5,0	5,5
Server	1,4	2,0
Speicherlösungen	0,7	1,0
Gesamt	7,1	8,5

Quelle: Statista 2023

Alleine der Bau der Datenzentren ist ein Milliardengeschäft. So geht das Marktforschungsunternehmen Research and Markets davon aus, dass der Datenzentren-Baumarkt 2022 rund 1,5 Mrd Dollar betrug und bis 2028 einen Wert von 3,5 Mrd Dollar erreichen soll. Mit dem physischen Ausbau der Rechenzentren wächst der Bedarf an entsprechender Ausrüstung. Experten erwarten, dass 2023 rund 3,4 Mrd Dollar dafür ausgegeben werden.

Die Datenanalysten von Statista fassen den Begriff Ausrüstung etwas weiter und gehen für 2023 von einem Umsatz in diesem Bereich von 7,8 Mrd Dollar aus. Dabei besitzt die Netzwerkinfrastruktur den größten Anteil. Neben der reinen technischen Ausrüstung gibt es Geschäftschancen beim Thema Kühlung und Energieversorgung der Anlagen. Insbesondere der Betrieb mit erneuerbaren Energien ist ein Wachstumsfeld.

Amazon & Co investieren Milliarden

Bisher gibt es klare Trends bei der Ansiedlung von Rechenzentren. Zu den Unternehmen, die in Indien investieren, gehört der Branchenriese Amazon. Über die Tochterfirma Amazon Web Services erfolgte im Mai die Ankündigung, bis 2030 rund 12,7 Mrd Dollar in die Cloud-Infrastruktur in Indien investieren zu wollen. Bereits seit 2016 betreibt der Konzern ein Rechenzentrum in Mumbai und seit 2022 eines in Hyderabad. Mit Microsoft vergrößert derzeit ein weiteres digitales Schwergewicht seine Präsenz vor Ort. Schon 2022 hatte der Konzern den Bau von drei Rechenzentren in Hyderabad angekündigt.

Anfang 2023 folgte dann die Meldung, dass Microsoft drei weitere Datenzentren bauen wird. Jedes der sechs Projekte soll einen Umfang von 100 MW besitzen. Dafür nimmt das Unternehmen laut indischen Medien rund 1,9 Mrd Dollar in die Hand. NTT Data kündigte ebenfalls an, in den kommenden vier Jahren rund 2 Mrd Dollar investieren zu wollen. Die Anzahl der Rechenzentren von NTT in Indien soll dadurch von zwölf auf 21 steigen. Neben den Giganten der Branche investieren auch kleinere und mittlere Unternehmen. Immer öfter schließen sich dabei die technischen Unternehmen mit lokalen Infrastrukturbauanbietern zusammen.

Klare Trends bei der regionalen Verteilung

Mumbai besitzt eine dominierende Stellung bei der Verteilung von Rechenzentren in Indien. Rund die Hälfte der vorhandenen Kapazität in Megawatt ist in der Stadt an der Westküste konzentriert. Das ist wenig überraschend, denn die meisten der großen Seekabel, die Indien digital mit dem Rest der Welt verbinden, verlaufen über Mumbai.

Weitere wichtige regionale Zentren befinden sich im Süden des Landes, vornehmlich in den Städten Chennai, Bengaluru und Hyderabad. Auch in der Hauptstadtregion in und um New Delhi finden sich einige Rechenzentren. Wenngleich die Investitionen der kommenden Jahre auch in anderen Regionen erfolgen dürften, gehen Branchenkenner davon aus, dass die bisherigen regionalen Schwerpunkte weiter gestärkt werden und ihre vorherrschende Marktstellung behalten.

INDONESIEN / AGRARSEKTOR: Angestrebte Autarkie rückt immer weiter in die Ferne

Die Landwirtschaft Indonesiens ist kleinbäuerlich geprägt und leidet unter geringer Produktivität. Branchenexperten berichten auch, dass die Bindungskraft von Traditionen Veränderungen bei den Anbaumethoden entgegen steht. Zudem besteht zwischen dem Nahrungsmittel- und vor allem dem Palmölanbau eine Konkurrenz um Flächen. Daher ist der Archipel trotz seiner großen Landesfläche, seiner fruchtbaren Böden und dem günstigen Klima in steigendem Maße abhängig von Nahrungsmittelimporten.

Ein möglichst hoher Grad an Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln mag für Indonesien volkswirtschaftlich gar nicht sinnvoll sein. Es ist aber ein sensibles Thema und hat eine hohe Priorität. Und so werden an mehreren Orten des Archipel neue Anbauflächen erschlossen und zu sogenannten Food Estates ausgebaut. Auch dort, wo ein Anbau bestimmter Pflanzen gar nicht sinnvoll ist.

Den letzten Außenhandelsüberschuss mit Nahrungsmitteln (SITC 0) erzielte Indonesien 2006. Im Jahr 2022 stand ein Rekorddefizit in Höhe von 3,5 Mrd US-Dollar zu Buche. Nahrungsmittel im Wert von 22,6 Mrd Dollar mussten importiert werden - auch das ein Allzeitrekord. Bei fast allen Grundnahrungsmitteln herrscht Einfuhrbedarf. Darüber hinaus ist der Archipel trotz eigenen Zuckerrohranbaus einer der weltgrößten Zuckerimporteure. Auch Salz und Milch werden importiert.

Traditionelle Küche von Importen abhängig

Kaum einer der knapp 280 Mio Indonesier dürfte sich auch nur einen Tag ohne Importware ernähren. Denn selbst die traditionelle Küche ist in erheblichem Maß auf Einfuhren angewiesen. So bestehen die beliebten Instant-Nudeln aus Weizen, der im Land gar nicht angebaut wird.

Das Nationalgericht Tempeh wird zu 70% aus Importsoja, überwiegend aus den USA, gefertigt, weil die heimische Anbaumenge und auch deren Qualität nicht ausreicht. Mais muss ebenfalls in großen Mengen aus den USA, Argentinien und Brasilien eingeführt werden. Auch bei frischen Früchten besteht ein Außenhandelsdefizit. Nahrungsmittel-Exportgüter industriellen Maßstabs sind lediglich Fisch und die Cash Crops Kokos, Kaffee und Kakao.

PHILIPPINEN / AUSSENHANDEL: EU will erneut über Freihandel sprechen

Nach jahrelangem Stillstand wollen die Europäische Union und die Philippinen die Gespräche über ein Freihandelsabkommen wieder aufnehmen. Darin liege ein „enormes Potenzial“ für beide Seiten, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einem Besuch in Manila. Die EU hatte bereits 2015 Freihandelsgespräche mit den Philippinen aufgenommen, unter Präsident Rodrigo Duterte kamen sie aber zwei Jahre später zum Erliegen. Grund waren Menschenrechtsverstöße in Dutertes „Krieg gegen die Drogen“.

Der philippinische Staatschef Ferdinand Marcos Jr. sagte bei dem Treffen mit von der Leyen, sein Land teile europäische Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er sprach von „gleichgesinnten Partnern“. Menschenrechtsorganisationen kritisieren allerdings, die Lage unter Marcos Jr. bleibe extrem angespannt.

Die Philippinen können derzeit mehr als 6.000 Produkte zollfrei in die Europäische Union ausführen. Die Ausnahmen sind an die Umsetzung internationaler Menschen-, Arbeits- und Umweltnormen geknüpft. Sie laufen aber Ende des Jahres aus.

ZENTRALASIEN / AUSSENHANDEL: Warenaustausch mit China ist stark gewachsen

Die Allgemeine Zollverwaltung Chinas (GTU) hat die Handelsdaten für das erste Halbjahr 2023 veröffentlicht, die die zentralasiatischen Länder betreffen, berichtet „Eurasianet“. Wenig überraschend weist Turkmenistan als einzige der fünf ex-Sowjetrepubliken, einen Überschuss im Handel mit der Volkrepublik aus. Insgesamt exportierte China in den ersten sechs Monaten des Jahres Waren im Wert von rund 26,4 Mrd US-Dollar nach Zentralasien, während es Importe im Wert von fast 13,5 Mrd Dollar verzeichnete, vor allem Erdöl und Erdgas.

Nach Angaben der GTU stieg der Handelsumsatz mit Usbekistan im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2022 um 26,8% und erreichte fast 6,1 Mrd Dollar. Die chinesischen Exporte nach Usbekistan beliefen sich auf etwa 5,46 Mrd Dollar, während die Importe rund 629 Mio Dollar betragen.

Die usbekische Statistikbehörde meldete einen Handelsumsatz von rund 5,26 Mrd Dollar, wobei Usbekistan chinesische Waren und Dienstleistungen im Wert von insgesamt 4,23 Mrd Dollar importierte und Exporte nach China im Wert von rund 1,03 Mrd Dollar tätigte.

Europa

DÄNEMARK / PERSONAL: HOMOGENES LOHNNIVEAU

Obwohl es in Dänemark keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt - und sich das Land zusammen mit den nordischen Nachbarn gegen entsprechende Initiativen der Europäischen Kommission vehement wehrt - sind die Basissätze in den meisten Wirtschaftsbereichen vorgegeben: Sie werden in Tarifverträgen festgehalten und alle zwei bis drei Jahre neu verhandelt.

Auch ausländische Unternehmen werden von dänischen Gewerkschaften kontaktiert, um eine Tarifvereinbarung für vor Ort angestellte oder selbst nach Dänemark entsandte Mitarbeiter abzuschließen. Auswege gibt es nur zwei: Entweder selbst einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft aushandeln oder einem Arbeitgeberverband wie Dansk Industri oder Dansk Erhverv beitreten und dessen Tarifvertrag übernehmen.

Obwohl rechtlich keine Tarifvertragsabschlusspflicht besteht, hat die Übertragung der diesbezüglichen Kompetenzen auf die Tarifpartner dazu beigetragen, dass dänische Gewerkschaften in der Praxis erhebliche Machtbefugnisse haben. Damit üben sie Druck auf Unternehmen aus, um einen Tarifvertrag abzuschließen. Zudem können sie auf breite Unterstützung der Angestellten zählen. Laut dem dänischen Statistikamt DST wachsen ihre Mitgliederzahlen seit zehn Jahren stetig. 2022 vereinten sie über 1,9 Mio dänische Arbeitnehmer oder nahezu zwei Drittel aller erwerbstätigen Menschen. Eine für Arbeitgeber unangenehme Folge: Laut dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut ETUI fallen streikbedingte Arbeitsausfälle EU-weit nur in Frankreich, Belgien und Finnland höher aus. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2021 kamen in Dänemark jährlich knapp 47 Streikstunden je 1.000 Arbeitnehmer zusammen - nahezu das Dreifache des deutschen Durchschnitts.

Vereinheitlichen regionales Niveau

	2019	2020	2021	2022
nominal (in dkr)	42.592	43.577	44.546	45.481
nominal (in Euro) ¹	5.705	5.846	5.990	6.106
reale Veränderung ²	2,5%	1,9%	2,9%	3,4%

1- Umrechnung anhand des jeweiligen Jahresdurchschnittskurses der Europäischen Zentralbank; 2- gegenüber Vorjahr auf Basis der Landeswährung/Quelle: Dänisches Statistikamt DST 2023, Dänisches Finanzministerium 2023

Durch die breite Tarifbindung ist das regionale Lohngefälle hauptsächlich der jeweiligen Branchenstruktur geschuldet. Die vierprozentige Spanne beim Durchschnittslohn in den meisten Regionen fällt entsprechend gering aus. Die einzige Ausnahme ist die Hauptstadtregion um Kopenhagen, deren Ausreißer nach oben allerdings vor allem auf die Anhäufung staatlicher Institutionen, Agenturen, Konzernzentralen und Hochlohnbranchen zurückzuführen ist. Karte: Dänemark Durchschnittliche Bruttomonatslöhne nach Region.

Laut statistischen Ausarbeitungen von DST belaufen sich die Prämien und Zusatzleistungen in Dänemark auf etwa 4,5% des Basisgehalts - wovon Zusatzleistungen mehr als die Hälfte ausmachen. Dank der Steuerbehörde heißt es dabei entweder Klotzen oder Kleckern. Mit der Arbeit zusammenhängende Extras, wie Zeitungen am Arbeitsplatz, Tickets für den öffentlichen Nahverkehr auch für den privaten Gebrauch, Kreditkarten und ähnliches sind gemäß der Steuerregeln nämlich nur bis knapp 900 Euro im Jahr steuerfrei. Wird diese Obergrenze nur geringfügig überschritten, muss der Arbeitnehmer vom Gesamtwert Steuern abführen. Für Zusatzleistungen, die nicht mit der Arbeit zusammenhängen, oder Geschenke vom Arbeitgeber liegt die Obergrenze 2023 bei unter 175 Euro. Der Maximalbetrag wird jährlich neu festgesetzt.

Separat und außerhalb dieser Limits behandelt werden Zusatzleistungen wie die kostenlose Nutzung eines Dienstautos, Handys oder einer Dienstyacht sowie kostenfreies Wohnen und kostenlose Verpflegung oder Mitarbeiterdarlehen. Wie in vielen Ländern der Welt führte die Corona-Pandemie auch in Dänemark zur Erweiterung des Heimarbeitsangebots.

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: EXPORTE STEIGEN NUR MARGINAL – SCHWACHE GLOBALE NACHFRAGE

Die deutschen Exporte sind im Juni angesichts eines schwachen globalen Umfelds nur geringfügig gestiegen. Die Ausfuhren erhöhten sich kalender- und saisonbereinigt um 0,1% gegenüber dem Vormonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Importe fielen im Juni um 3,4% gegenüber dem Vormonat. Auf Jahressicht ergab sich ein Rückgang von 11,6%. Insgesamt wurden im Juni Waren im Wert von 131,3 Mrd Euro aus Deutschland exportiert und Waren im Wert von 112,6 Mrd Euro in die Bundesrepublik importiert.

Der Außenhandelsüberschuss betrug kalender- und saisonbereinigt 18,7 Mrd Euro. In die EU-Mitgliedstaaten wurden im Juni kalender- und saisonbereinigt Waren im Wert von 71,5 Mrd Euro exportiert und es wurden Waren im Wert von 60 Mrd Euro von dort importiert. Gegenüber Mai stiegen die kalender- und saisonbereinigten Exporte in die EU-Staaten um 1,3% und die Importe aus diesen Staaten sanken um 3,1%.

EUROPA / LOGISTIK: CONTAINERUMSCHLAG FÄLLT GEGENÜBER DER WELT WEITER ZURÜCK

Der Containerumschlag-Index des RWI - Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik ist im Juni gegenüber dem Vormonat aufgrund der Belebung des Geschäfts außerhalb Europas gestiegen. Europa falle gegenüber den anderen Weltregionen weiter zurück. Nach der aktuellen Schnellschätzung stieg der Index im Juni gegenüber Mai um zwei Punkte auf saisonbereinigt 125,2 Punkte. Damit hat sich die Erholung des weltweiten Containerumschlags wieder etwas beschleunigt, so das Institut.

In den chinesischen Häfen hat sich der Containerumschlag weiter leicht erholt. Der Indexwert für die Ports in China stieg von 137,8 auf 139,2. Der Nordrange-Index, der Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung im nördlichen Euroraum und in Deutschland gibt, hat sich im Juni gegenüber dem Vormonat von 104,2 auf 104,0 kaum verändert.

FRANKREICH / E-MOBILITÄT: QUANTRON LIEFERT 250 BRENNSTOFFZELLENAUTOS

Quantron und Mob Hy unterzeichneten am 31. Juli eine Absichtserklärung über die Lieferung von 250 Wasserstofffahrzeugen nach Frankreich. Mit dem Projekt bewerben sie sich bei der Französischen Agentur zur Ökologischen Wende (ADEME) für die Förderung territorialer Wasserstoff-Ökosysteme im Grand Est. Die geplanten Brennstoffzellenautos wandeln während der Fahrt Wasserstoff in elektrische Energie zum Antrieb eines Elektromotors.

Die Partnerschaft sei ein wichtiger Schritt für Quantron auf dem französischen Markt und ziele darauf ab, die emissionsfreie Mobilität und die Einführung umweltfreundlicher Technologien in der Region voranzutreiben, sagte Andreas Haller, Gründer und Vorstandsvorsitzender der Quantron AG. Mob Hy sei ein Spezialist für die Produktion und den Vertrieb von grünem Wasserstoff. Der Letter of Intent (LOI) sieht die Beschaffung von 250 wasserstoffbetriebenen Quantron-Fahrzeugen durch Mob Hy für den Zeitraum von Ende 2024 bis 2027 vor.



Die Lieferung der Fahrzeuge soll bis 2027 abgeschlossen sein

Hersteller und Wasserstoffproduzent kooperieren

Mob Hy stützt sich, wie es heißt, auf das Know-how von Vent d'Est bei der Entwicklung von Infrastrukturen zur Erzeugung von Wind- und Solarenergie. Das Unternehmen betreibt Forschung, Entwicklung und Management von Projekten zur Wasserstoffproduktion und -verteilung. Jean-Michel Sylvestre, Gründer und Präsident von Mob Hy, sagte: „Die führende Position von Quantron im Bereich nachhaltiger Nutzfahrzeuge ist eine perfekte Ergänzung zu unserem Plan für die Produktion und den Vertrieb von grünem Wasserstoff.“

Gemeinsam wolle man nachhaltige Mobilität in Frankreich vorantreiben und einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten. „Zudem sind wir davon überzeugt, dass diese Partnerschaft den Weg für neue spezialisierte Montagewerkstätten in der Region Grand Est ebnet“, ergänzte Sylvestre. Hierfür könnten die qualifizierten Arbeitskräfte eingesetzt werden, die im Rahmen des von der AFPA geleiteten Berufsbildungskonsortiums ausgebildet werden, welches von der EU gefördert wird.

Mob Hy entwickelt Anlagen zur Herstellung und Verteilung von Wasserstoff in Frankreich. Dabei geht es um regionale Systeme, die von lokalen Wind- und Solarparks gespeist werden, und die schwere Nutzfahrzeuge und Verteilerfahrzeuge mit sauberem, nachhaltigem und erschwinglichem Kraftstoff versorgen sollen.

Ein typisches Projekt umfasst 25 MW an erneuerbarer Energieerzeugung für eine 4 bis 5 MW Elektrolyseanlage. Jede Anlage versorgt 50 Fahrzeuge pro Tag, etwa die Hälfte davon Lkw. Mob Hy ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Vent d'Est SAS mit Niederlassungen in Dijon (Bourgogne France Comte), Epinal (Region Grand Est) und Sarreguemines (Lothringen).

GROSSBRITANNIEN / AUSSENHANDEL: LONDON SETZT WEITER AUF CE

Großbritannien setzt nach dem Brexit entgegen ursprünglicher Pläne bei vielen Produkten weiter auf die europäische CE-Kennzeichnung zur Verbraucher- und Produktsicherheit. Wie die Regierung in London mitteilte, darf sie auf unbestimmte Zeit auch künftig neben dem eigentlich favorisierten nationalen Kontrollkennzeichen UKCA verwendet werden. Dies gilt demnach für 18 Produktkategorien von Spielzeug über Pyrotechnik bis hin zu Messgeräten.

Die Entscheidung dazu sei nach „ausführlichen Gesprächen“ mit der Industrie getroffen worden, erklärte die Regierung. Britische Wirtschaftsverbände hatten darauf gedrängt, die europäische CE-Kennzeichnung beizubehalten. Die Pflicht zu Verwendung von zwei parallelen Zertifizierungssystemen hätte nach ihrer Darstellung hohe Kosten verursacht und die Auswahl für Verbraucher eingeschränkt, sofern sich Unternehmen nur für ein System entschieden hätten.

Die europäische CE-Kennzeichnung zeigt an, dass die damit versehenen Produkte die europaweit geltenden einschlägigen Vorschriften etwa zu Sicherheit und Umweltschutz erfüllen. Ohne CE-Signatur dürfen sie in der EU nicht vermarktet werden. Das UKCA-Kennzeichen erfüllt den gleichen Zweck, allerdings auf rein nationaler britischer Ebene mit Blick auf die dortigen Regulierungsvorgaben.

GROSSBRITANNIEN / ERNEUERBARE ENERGIEN: OCTOPUS KÜNDIGT MILLIARDENINVESTITIONEN AN

Wie Octopus in London bekannt gab, soll zwar weltweit investiert werden, der Fokus soll jedoch auf Europa gerichtet sein. Zum einen will Octopus in die Entwicklung von Offshore-Windparks investieren. Zum anderen ist geplant, das eigene Portfolio durch Windparks zu erweitern, die sich bereits im Bau befinden oder auch schon in Betrieb sind.

Das britische Energieversorgungsunternehmen, das auch eine Niederlassung in Deutschland hat, war 2022 in die Offshore-Windkraft eingestiegen und hat seither nach eigenen Angaben insgesamt rund 900 Mio Euro in Windparks auf See investiert.

Unter anderem hält Octopus 23,25% am 270-MW-Windpark „Lincs“ vor der Ostküste Englands. Außerdem ist das Unternehmen auch am Windpark „Hornsea One“ beteiligt und hat die Anteile der Teilfläche V am niederländischen Offshore-Windpark „Borssele“ erworben. Auch am irischen Windpark-Entwickler Simply Blue ist der britische Versorger beteiligt.

Das gesamte Portfolio regenerativer Energieprojekte von Octopus beläuft sich auf mehr als 3.000 MW mit einem finanziellen Volumen von rund 7 Mrd Euro. Mit den nun angekündigten Investitionen sollen die Erzeugungskapazitäten auf 12.000 MW anwachsen.

Von Fritz Wilhelm, E&M

Osteuropa und Zentralasien

POLEN / INVESTITIONEN: WEITERHIN ENGER PARTNER KYJIWS

Angesichts der Bedrohung durch Russland rücken Polen und die Ukraine enger zusammen. Beide Länder verfolgen eine Reihe grenzüberschreitender Infrastrukturmaßnahmen. Gemeinsame Projekte sollen der Ukraine eine Entwicklungsperspektive geben.

Ende Juni 2023 erhielten der polnische Schienennetzbetreiber PKP PLK und sein ukrainisches Pendant UkrSalisnyzja eine Förderzusage aus der Connecting Europe Facility (CEF). Es geht um den Ausbau der beiden Eisenbahngrenzübergänge Dorohusk - Jahodyn und Medyka - Mostyska. Die Europäische Kommission bewilligte für die Vorhaben insgesamt 32,6 Mio Euro. Das Ziel lautet, mehr Zugverbindungen zwischen Polen und der Ukraine anzubieten.

Auch der Straßenverkehr profitiert von CEF-Mitteln. Die Straßengrenzübergänge Dorohusk - Jahodyn, Hrebenne - Rawa-Ruska und Korczowa - Krakowez sind wegen fehlender Kontrollpunkte überlastet. Ein Zuschuss in Höhe von 62,2 Mio Euro soll helfen, neue Kapazitäten zu schaffen.

Gleisnetze harmonisieren

Die gemeinsamen Infrastrukturprojekte werden von Herausforderungen begleitet. Während Polens Gleisnetz Normalspur mit 1.435 mm Spurweite nutzt, besteht das ukrainische Schienennetz aus Breitspur mit 1.520 mm. Ukrsalisnyzja baut deshalb in Grenznähe zu Polen die Normalspur aus. Wie die polnische Tageszeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ berichtet, will der ukrainische Staatskonzern bis 2024 einen Abschnitt zwischen Rawa-Ruska und Lwiw fertigstellen. Davon soll der Personenverkehr ab Warschau profitieren. Der Güterverkehr hingegen könnte dank geplanter Normalspurstrecken ab Medyka bis Lwiw und ab Dorohusk bis Kowel zunehmen.

Unabhängig davon hat Polens staatliche Projektgesellschaft hinter dem Großflughafen CPK ein Abkommen mit der ukrainischen Eisenbahngesellschaft unterschrieben. Beide Partner wollen eine Machbarkeitsstudie für eine neue Normalspurtrasse ausarbeiten. Sie würde ab Kyjiw über Lwiw nach Warschau und weiter zum CPK führen. Die Strecke soll Höchstgeschwindigkeiten bis 250 km pro Stunde ermöglichen. Polen will den CPK zu einem Drehkreuz für den Eisenbahnverkehr machen.

Kleine Erfolge - großes Interesse

Im Mai haben die staatlichen Stromnetzbetreiber beider Länder eine Verbindung zwischen dem ukrainischen Kernkraftwerk Chmelnyzkyj und einem Umspannwerk nahe der polnischen Stadt Rzeszów in Betrieb genommen. Dank der Leitungen können beide Länder Bedarfsspitzen ausgleichen. Durch russischen Beschuss fallen die ukrainischen Kraftwerke oft aus. So musste der Netzbetreiber Ukr-energo Ende Juni rund 1.200 MWh Strom als Soforthilfe aus Polen und Rumänien beziehen.

Auch private Unternehmen wollen in grenzüberschreitende Stromtrassen investieren. Das Joint Venture Orlen Synthos Green Energy (OSGE) bewirbt sich um europäische Fördergelder, um eine Höchstspannungsleitung für 400 kV zwischen dem ukrainischen Kernkraftwerk Riwna und dem Umspannwerk im polnischen Chelm zu bauen. Laut Wirtschaftsportal „BiznesAlert“ liegen die Kosten bei knapp 300 Mio Euro.

Polen und die Ukraine sind überzeugt, dass es weitere Branchen mit Kooperationspotenzial gibt. Im April 2023 haben beide Länder ein Memorandum unterschrieben. Die Ukraine erklärt darin, Polen regelmäßig auf Projekte und Ausschreibungen hinzuweisen. Im Gegenzug stellt die polnische Seite Informationen über Firmen zur Verfügung, die sich am Wiederaufbau beteiligen wollen. Polens staatliche Außenwirtschaftsagentur PAIH hat bereits einen Katalog mit interessierten Unternehmen erstellt. Er enthält auch polnische Tochtergesellschaften internationaler Betriebe wie den deutsche Leichtbauspezialisten Schrag.

Um weitere Investitionen und den Handel mit der Ukraine zu unterstützen, setzt Polen auf die staatliche Versicherungsgesellschaft KUKE. Das Kabinett verabschiedete im Juni eine Reform. KUKE soll zukünftig Rückversicherungen für Exporte in die Ukraine anbieten. Importeure in Polen hätten außerdem die Möglichkeit, Vorauszahlungen an ihre ukrainischen Partner abzusichern. Banken wiederum könnten Investitionskredite für Projekte in der Ukraine bei KUKE absichern. Die Garantien stünden auch polnischen Tochtergesellschaften von internationalen Firmen zur Verfügung. Das Gesetz lag Anfang Juli im polnischen Parlament.

UKRAINE / WIRTSCHAFT & POLITIK: LONDON SETZT WEITEREN MEILENSTEIN

Wie können Wiederaufbau und Modernisierung der Ukraine unter dem Schlagwort „build back better“ gelingen? Welche Hürden muss die Ukraine dafür überwinden? Diese Fragen diskutierten Anfang Juli 2023 rund 200 Vertreter von Unternehmen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft in einer digitalen Nachbesprechung der Wiederaufbaukonferenz von London. Das Follow-up organisierten die Plattform Wiederaufbau Ukraine und der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft.

Der Finanzierungsbedarf der Ukraine liegt nach Schätzungen der Weltbank bei rund 411 Mrd US-Dollar. Noch nicht hineingerechnet in diese Summe sind die Folgekosten durch die Zerstörung des Kachowka-Staudamms und die Überflutung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Gebiet Cherson. Zudem gibt es keine verlässlichen Informationen zum Finanzbedarf in den aktuell noch russisch besetzten Gebieten.

Doch staatliche Mittel alleine werden nicht ausreichen, um die Wiederaufbaukosten in Milliardenhöhe zu decken und die Wirtschaft in Schwung zu bringen.

Damit private Unternehmen in den ukrainischen Markt investieren, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Neben einem tragfähigen Business-Case weisen westliche Investoren vor allem auf eine stabilere Sicherheitslage für ihre Mitarbeiter hin. Nicht zuletzt muss die Ukraine ein faires Wettbewerbsumfeld schaffen. Dazu gehören transparente Vergabeverfahren, Bürokratieabbau und ein noch stärkeres Vorgehen gegen Korruption. Zwar bestätigten die 200 Teilnehmer der Nachbesprechung der Ukraine in allen Bereichen enorme Fortschritte. Doch müssten diese noch ausgebaut werden.

Nationale Plattform für Wiederaufbauprojekte DREAM

Die ukrainische Regierung gründete vor rund einem halben Jahr eine staatliche Agentur für Wiederaufbau und Infrastrukturentwicklung. Deren Leiter Mustafa Nayyem stellte den Anwesenden deren Prioritäten und digitale Instrumente vor.

Im Zentrum steht die Plattform „Digital Restoration Ecosystem for Accountable Management“ (DREAM). Diese gibt einen transparenten Überblick über aktuelle Wiederaufbauprojekte, technische Anforderungen und Kontaktpersonen. Es bietet interessierten Unternehmen einen gleichberechtigten und transparenten Zugang zu allen Informationen. Ohne Umweg über die Hauptstadt können Kommunen über die Plattform Projektinformationen direkt veröffentlichen. Mehr als 10.000 Gemeinden sollen sich landesweit beteiligen. Geplant ist, das digitale Ökosystem auch zur zentralen Plattform für Ausschreibungen von Wiederaufbauprojekten weiterzuentwickeln.

Auch will die DREAM-Plattform keine Fehler aus der Vergangenheit wiederholen. Vor Kriegsbeginn liefen Vergabeverfahren häufig intransparent und ineffizient ab. Kopfzerbrechen bereiten Nayyem aktuell die langwierigen Zuschlagsphasen für Projekte, die sich über mehrere Monate hinziehen.

Bei der Umsetzung der Wiederaufbauprojekte setzt die Regierung vor allem auf öffentlich-private Partnerschaften. Im Fokus steht vor allem der Infrastrukturbau. Für bestimmte Projekte zur Wiederherstellung von Straßen- und Schieneninfrastruktur, Seehäfen oder Grenzkontrollpunkten werden bereits Machbarkeitsstudien erstellt.

Euler Hermes vereinfacht Versicherung

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung kündigte an, ein Instrument zu entwickeln, um den privaten Versicherungsmarkt der Ukraine wieder zu stärken. Im Fokus stehen vor allem Transportversicherungen. Der Exportkreditversicherer Euler Hermes will zudem die Warenkreditversicherung vereinfachen. Zudem sichert er neue Investitionen in der Ukraine gegen politische und Kriegsrissen ab. Diese Maßnahmen sollen den Handel zwischen der EU und der Ukraine weiter stärken.

Naher Osten und mittlerer Osten

TÜRKEI / AUSSENHANDEL: CHINA WILL EINFUHREN ERHÖHEN

Der neue chinesische Außenminister Wang Yi erklärte gegenüber seinem türkischen Amtskollegen Hakan Fidan, dass China bereit sei, mehr hochwertige Produkte aus der Türkei zu importieren und Unternehmen beider Länder dabei zu unterstützen, die Landeswährung für die Handelsabwicklung zu verwenden. Beijing würde auch mehr chinesische Unternehmen dazu ermutigen, im Rahmen seiner Neuen-Seidenstraßen-Initiative in der Türkei zu investieren. Der Vorstoß kommt zu einem Zeitpunkt,

an dem China die Investitionen für die Initiative verdoppelt hat, um ein wirtschaftliches Vakuum zu füllen, das Russland durch die westlichen Sanktionen aufgrund des Ukraine-Krieges hinterlassen hat.

Das 2013 ins Leben gerufene Billionen-Dollar-Projekt zielt darauf ab, Dutzende von Volkswirtschaften in Asien, Europa und Afrika zu einem auf China ausgerichteten Handelsnetz zu verbinden.

Die Türkei versucht, sich dem Plan anzuschließen, um ihre eigene Handelsroute, den Mittleren Korridor, voranzutreiben, der auch versucht, die alte Seidenstraße wiederzubeleben, indem er Ostasien und Europa über Kasachstan, das Kaspische Meer, Aserbaidschan, Georgien und die Türkei mit Eisenbahnen und Straßen verbindet.

China ist einer der wichtigsten Handelspartner der Türkei, wobei der Gesamtwert der chinesischen Ausfuhren im vergangenen Jahr 34,03 Mrd US-Dollar erreichte. Die Einfuhren aus der Türkei in die Volksrepublik beliefen sich nach offiziellen chinesischen Angaben auf lediglich 4,52 Mrd Dollar.

Xinlu Liang, South China Morning Post

TÜRKEI / KONJUNKTUR: INFLATION STEIGT IM JULI AUF 47,8%

Die Inflation in der Türkei ist im Juli erneut in die Höhe geschneilt und erschwert den Kampf der Zentralbank um eine Eindämmung der Preissteigerungen. Die Verbraucherpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 47,8% (Juni: 38,2), wie aus den Daten des türkischen Statistikamtes Turkstat hervorging. Der Anstieg markierte das Ende einer monatelangen Abschwächung der Inflation.

Die Zentralbank hat unter dem von Präsident Recep Tayyip Erdogan eingesetzten neuen Team die Zinssätze in mehreren aufeinanderfolgenden Sitzungen erhöht, um die grassierende Inflation zu bekämpfen. Im Juli stiegen die Lebensmittelpreise mit 60,7% am stärksten, während die Kosten für Wohnraum sowie Kleidung und Schuhe langsamer zulegten. Die Kerninflation, bei der die volatilen Auswirkungen von Lebensmitteln, Energie, Alkohol, Tabak und Gold herausgerechnet werden, stieg den Zahlen zufolge auf 54,3%.

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE / BAUINDUSTRIE: LEICHTER OPTIMISMUS IM IMMOBILIENMARKT

Branchenexperten erwarten, dass der Immobilienmarkt in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) im Jahr 2023 weiter wachsen wird. Hauptsächlich dürften internationale Anleger die Nachfrage befeuern. Laut Nachrichtenagentur „Reuters“ gehören Russen zu den größten Käufergruppen von Immobilien in den Emiraten. Sie suchen Möglichkeiten, die von den westlichen Staaten gegen Russland verhängten Sanktionen zu umgehen und ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen.

In der Immobilienbranche existieren jedoch weiterhin strukturelle Probleme. Auf den Sektor kommen neue Herausforderungen zu, die das mittel- bis langfristige Wachstum gefährden. Obwohl die Ölpreise auf einem relativ hohen Niveau bleiben dürften, steigt der Druck. Hierfür sorgen wachsende Kreditkosten und zunehmende Risiken im globalen Bankensektor. In einigen Marktsegmenten besteht fortgesetzt ein Überangebot.

Im Jahr 2022 besuchten 14,4 Mio Reisende die VAE. Das entspricht einem Anstieg von 97% im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten Gäste kamen aus Indien, Oman, Saudi-Arabien, dem Vereinigten Königreich und Russland.

Laut offizieller Statistik lag die Hotelauslastung in Dubai 2022 bei 73%. Das ist ein Plus von 9 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Zugleich wuchs die durchschnittliche Tagesrate von 215 auf 290 Dollar. Abu Dhabi begrüßte 2022 etwa 4,1 Mio Hotelgäste (24% mehr als 2021). Die Auslastung kam auf 71%. Laut Analysten von KPMG stehen die VAE im Jahr 2022 bei der Belegungsrate damit an der Spitze der Staaten des Golfkooperationsrates. Dubais Auslastungsquoten folgen dicht auf die Top-Benchmark-Städte Istanbul (75%), New York (74) und Paris (73).

Ein Hauptgrund für den starken Anstieg war die Fußballweltmeisterschaft in Katar. Dubai konnte als Transithub und Touristenmetropole profitieren. Zahlreiche Fußballfans legten auf ihrem Weg zum Turnier einen Zwischenstopp oder Anschlussaufenthalt in den Emiraten ein. Die Finanzmetropole verkündete das Ziel, bis 2031 rund 40 Mio Besucher jährlich anziehen zu wollen. Die angestrebte Verdreifachung im Vergleich zu 2022 erfordert entsprechende Investitionen in Hotels und Gastronomie.

Gesundheitssektor steht weiter im Fokus

Die Projekte im Krankenhausesektor umfassen rund 3,4 Mrd Dollar. Davon befinden sich Vorhaben in Höhe von 355 Mio Dollar im Bau und weitere im Umfang von rund 3,1 Mrd Dollar in der Planungsphase. Das größte Projekt plant ein Joint Venture aus den emiratischen Unternehmen Royal Strategic Partners und MIG Group sowie die österreichische Austrian Star Energy. Ein Krankenhaus im Wert von 1,8 Mrd Dollar mit einem speziellen Fokus auf Bor-Neutroneneinfangtherapie zur Behandlung von Krebserkrankungen soll in Abu Dhabi entstehen. Weiterhin plant die emiratische Manazel-Gruppe bis Juni 2025 für 408 Mio Dollar den Bau des Gesundheitszentrums „Mohammed Bin Zayed City, Burjeel Medical City“. Dabei soll eine Multi-Spezialklinik mit Fokus auf Onkologie, Langzeitpflege und Wellness entstehen.

Die Saudi German Hospitals Group, eine Tochtergesellschaft der Middle East Healthcare Company, will in Dubai bis 2025 für 200 Mio Dollar ein integriertes Zentrum für die Gesundheitsversorgung fertigstellen. Die staatliche Musanada plant für 100 Mio Dollar ein Rehabilitationszentrum mit 156 Betten in Abu Dhabi. Das Projekt wurde bereits 2013 angekündigt, allerdings kam es mehrfach zu Verzögerungen. Das Vorhaben wurde kürzlich neu angestoßen und soll nun bis Ende August 2025 abgeschlossen werden.

Welt

WELT / AUSSENHANDEL: KIEL TRADE INDICATOR IM JULI „DURCHWEG NEGATIV“

Die Werte des Kiel Trade Indicator für den Welthandel und auch für den Handel großer Volkswirtschaften sind laut Mitteilung des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) im Juli im Vergleich zum Juni durchweg negativ. Bereits die Schiffsbewegungen der ersten Monathälfte verhiessen nichts Gutes, mit Vorliegen der Daten für den kompletten Monat falle die Vorhersage noch schlechter aus, so das IfW. Ursache dürften vor allem die weltweit eingetrübten Konjunkturaussichten sein. Die aktuellen, schlechten Nachrichten vom Seeverkehr - Niedrigwasser im Panamakanal und die Havarie in der Nordsee - bleiben für das Gesamtbild folgenlos.

Das jüngste Datenupdate des Kiel Trade Indicator weise für den Welthandel im Juli im Vergleich zum Vormonat Juni ein deutliches Minus von 1,6% aus. Für Deutschland liegen die Werte sowohl für Exporte (0,4%) als auch Importe (1,2%) im roten Bereich. Gleiches gilt in noch etwas stärkerem Maße für die EU-Ausfuhren (1,6%) und -Einfuhren (1,5%).



Die Menge der verschifften Standardcontainer ist auf 13,7 Mio zurückgegangen

„Die konjunkturelle Eintrübung hat Europa fest im Griff, in den wirtschaftlich stärksten Ländern Deutschland und Frankreich war die Stimmung in den Unternehmen in den letzten zehn Jahren nur im Pandemiejahr 2020 noch schlechter, das macht sich jetzt auch in den Handelszahlen bemerkbar“, sagt Vincent Stamer, Leiter Kiel Trade Indicator.

„Die Einschränkungen im Panamakanal durch das Niedrigwasser sind dagegen für Europa nahezu folgenlos, zu gering ist die Bedeutung der Handelsroute. Durch die Havarie in der Nordsee waren überhaupt keine Einschränkungen für den Seeverkehr zu beobachten.“ Den im Vergleich kräftigsten Rückgang verzeichnen die USA bei den Exporten (3,7%), auch die Importe (0,8%) sind negativ.

„Im Gegensatz zu Europa zeichnet sich für Nordamerika eine konjunkturelle Bodenbildung im Stimmungsbild der Unternehmen ab, trotz ebenfalls schlechter Handelszahlen im Juli ist der Ausblick für die USA daher grundsätzlich besser“, so Stamer.

Bei Chinas Handel ist nach dem Aufwärtstrend der vergangenen Monate ein Rücksetzer zu beobachten, Exporte (1,6%) und Importe (0,7%) liegen im roten Bereich. „Die Volksrepublik importiert inflationsbereinigt spürbar weniger Waren aus der Welt als in der Boomphase 2021“, so Stamer.

Der Anteil Chinas an deutschen Exporten sei im ersten Halbjahr von 7% im Vorjahr auf 6,2% in diesem Jahr gefallen. Die USA sei mit einem Anteil von fast 10% das wichtigste einzelne Abnehmerland für deutsche Exporte, erklärt das IfW in der Mitteilung.

Ins Bild der schwachen Handelszahlen im Juli passe die leicht rückläufige Aktivität auf den Weltmeeren. Die Menge an verschifften Standardcontainern sank auf rund 13,7 Mio und damit um 1% unter ihr Zwischenhoch im Mai und nunmehr 4% unter ihr Allzeithoch im Frühjahr 2022.

Die Staus in der Containerschifffahrt gehen leicht zurück, und die Menge an verschifften Waren im Roten Meer, der wichtigsten Seehandelsroute zwischen Europa und Asien, sinkt um rund 50.000 Standardcontainer und liegt damit rund 13% unter dem eigentlich zu erwartenden Wert, so das IfW.

WELT / FINANZIERUNG: WARUM SICH KREDITE SO STARK VERTEUERT HABEN

Kredite haben sich in den vergangenen Monaten stark verteuert. Aber welche Faktoren genau treiben Kosten eigentlich? Und wie können Unternehmer ihre eigenen Konditionen verbessern? Ein deep dive in die Preiselemente von Bankkrediten.

Eine Faustregel hat im Finanzwesen seit Jahrhunderten Bestand: Wenn die Zinsen steigen, stärkt das tendenziell die Rentabilität von Kreditgeschäften - fallen sie, passiert das Gegenteil. Dieser Mechanismus greift auch jetzt wieder: Die weltweite Wende bei den Leitzinsen, die auch die Kapitalmarktzinsen mit nach oben gezogen hat, spiegelt sich in den Geschäftszahlen der Banken wider - viele von ihnen haben im vergangenen Geschäftsjahr besser abgeschnitten als zuvor erwartet.

Die Kehrseite davon ist, dass viele Unternehmen einen deutlichen Anstieg ihrer Finanzierungskosten verzeichnen - und in der Tendenz auch schwierigere Gespräche mit ihren Kreditgebern, wenn es um neue Finanzierungen geht. Aber ist es wirklich so, dass ein nennenswerter Teil des Zinsanstiegs in die Taschen der Banken fließt? Oder sind andere Kräfte am Werk, die die Banken nur weiterreichen?

Der Euribor hat stark angezogen

Welche Kraft konkret am Werk ist, erkennt man sofort, wenn man sich den Drei-Monats-Euribor ansieht. Dies ist der Referenzzinssatz, auf dem viele variabel verzinsten, längerfristigen Unternehmenskrediten beruhen, zum Beispiel syndizierte Kredite und/oder Betriebsmittellinien. Denn am Euribor orientieren sich auch die Kosten der Banken für ihre eigene Kapitalbeschaffung.

Anfang 2022 lag der Drei-Monats-Euribor noch bei minus 0,6%, Anfang Juni standen schon knapp 3,5% zu Buche - ein Anstieg um fast 400 Basispunkte, der sich auch bei allen anderen Referenzzinssätzen zeigt. „Der allergrößte Teil der Zinsanstiege, die Unternehmen bei ihren Krediten

erleben, ist auf diese starke Bewegung beim Euribor zurückzuführen“, erklärt Stephan Beil, Leiter des Geschäfts mit Akquisitionsfinanzierungen bei der Deutschen Bank.

Die Entwicklung des Euribors spiegelt sich 1:1 in den Zinskosten aller Kreditnehmer wider, unabhängig von ihrer individuellen Bonität. Bemerkenswert: Auf den beginnenden Zinsanstieg haben viele Unternehmer im vergangenen Jahr rasch reagiert. Als spätestens Ende Februar mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs absehbar wurde, dass Inflation und Energiepreise anziehen werden, zogen offenbar viele Unternehmen ihre Finanzierungsaktivitäten vor und sicherten sich benötigte Liquiditätsreserven. Darauf deuten Zahlen der KfW hin, wonach das Kreditneugeschäft der Banken mit Unternehmen und Selbstständigen in Deutschland im vergangenen Jahr einen Boom erlebte. Allein im dritten Quartal betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr satte 36%.



Das Kreditneugeschäft der Banken stieg laut KfW um 36% gegenüber dem Vorjahr

Vor allem im vierten Quartal begannen die Unternehmer aber, das Kreditvergabeverhalten der Banken zunehmend als restriktiv wahrzunehmen, wie ein weiterer KfW-Kreditindikator zeigt. Infolgedessen dürften die Zuwachsraten des Kreditneugeschäfts seit dem Herbst deutlich zurückgegangen sein. Aber selbst für das Jahresauftaktquartal 2023 erwartet die KfW noch einen Zuwachs von 15% gegenüber Vorjahr. Die gestiegenen Zinskosten halten Deutschlands Mittelstand also nicht davon ab, Kredite zu ziehen, zu wachsen und Investitionen zu tätigen, zumal einige Unternehmen sich gegen das steigende Zinsniveau mit Zinsderivaten schützten. Relativ zu anderen Kostensteigerungen wird der Zinsanstieg teilweise als Normalisierung nach einer langen Phase extrem niedriger Zinsen kommentiert.

Jetzt auch mit „Sonderausstattung“

All jene Unternehmer, die noch vor der Phase des starken Zinsanstiegs erfolgreich „Pre-Funding“ betrieben haben, konnten einen wesentlichen Preistreiber bei Krediten - den Euribor - noch weitgehend vermeiden. Doch der Euribor erklärt nur einen Teil der Preisschwankungen bei Krediten. Nach Durchreichen des aktuellen Euribor kommen noch Zuschläge auf den Zinssatz obendrauf, die sehr wohl mit dem Verhalten, den Präferenzen und der Bonität eines Kreditnehmers zu tun haben - aber auch mit der Verfassung seiner Bank.

Zunächst kommt die konkrete Ausgestaltung des Kredits ins Spiel. Je flexibler ein Unternehmen seine Kreditlinie ziehen will, desto höher sind die Kapitalbeschaffungskosten der Bank. Wer also den Zinssatz seiner Betriebsmittellinie senken will, könnte dieses Ziel erreichen, indem er sich beispielsweise darauf einlässt, das Ausmaß der „Ziehung“ seiner Linie nicht alle vier Wochen, sondern nur alle drei oder alle sechs Monate verändern zu können.

Gleiches gilt für die Währung: In je mehr unterschiedlichen Devisen der Kredit gezogen werden darf, umso teurer wird es. Und auch hier spielt das Ausmaß der Flexibilität eine Rolle: Wenn nur ein

Viertel der Linie in US-Dollar gezogen werden kann, ist das günstiger, als wenn ein Chief Financial Officer bei Bedarf die ganze Linie in US-Dollar ziehen möchte. „Das ist vergleichbar mit der Sonderausstattung beim Autokauf. Jedes Extra kostet einen gewissen Aufschlag auf die Standardausstattung“, erläutert Beil.

Kai Stefani, Partner der auf die Finanzindustrie spezialisierten Unternehmensberatung zeb, betont diesen Aspekt ausdrücklich: „Sonderwünsche führen zu Kosten bei der Bank, deren Höhe viele Unternehmer unterschätzen. Da geht es nicht nur um sehr ungewöhnliche Themen, sondern auch um recht bekannte wie beispielsweise eine hohe Flexibilität bei Sondertilgungen oder die Forderung nach einem Verzicht auf Vorfälligkeitsentschädigungen seitens der Bank.“

Eine Preiskomponente, die hingegen alle Nutzer von Kreditlinien in gleichem Maße tragen müssen, ist der Aufschlag für die Bevorratung mit Liquidität durch die kreditgebende Bank. Weil jeder Kreditnehmer das Recht hat, „unerwartet“ die Linie auch mal komplett zu ziehen, muss die Bank sich prophylaktisch Zugriff auf große Mengen Liquidität sichern. Die Kosten für diese Bevorratung werden auf alle Kreditnehmer verteilt.

Kosten über den „LGD“ senken

Der nächste und nach dem Referenzzinssatz wichtigste Preisaufschlag wird durch die Bonität des Kunden bestimmt. Er leitet sich primär aus dem bankinternen Rating ab, das dieser Kunde zum Zeitpunkt der Kreditvergabe hat. Dieses Rating wird regelmäßig - auch unterjährig und ereignisgetrieben - angepasst.

„Eine weitere Kostenkomponente ist aber auch LGD - der Loss Given Default“, ergänzt Beil. Diese Zahl misst den höchstmöglichen finanziellen Verlust, den die Bank erleiden würde, wenn der Kunde den Kredit nicht mehr bedienen kann. „Durch das Zur-Verfügung-Stellen von bewerteten Sicherheiten kann ein Unternehmen diese Kostenkomponente reduzieren und damit die Zinskosten senken“, sagt Beil. Die Bank muss den Kredit dann mit weniger Eigenkapital unterlegen, verglichen mit einer Situation ohne bewertete Sicherheiten.

Unterschiedliche Refinanzierungskosten

Die nächste Schicht der Kreditkosten hängt stark davon ab, mit welcher Bank man den Kredit abschließen möchte. Hier geht es um die individuellen Finanzierungsaufschläge, die auch Banken bei ihrer Refinanzierung - abhängig von ihrer eigenen Bonität - bezahlen müssen.

Einen validen Hinweis darauf, welche Banken gerade eher geringe beziehungsweise höhere Aufschläge bezahlen müssen, liefern die so genannten „Credit Default Swaps“. Das sind die Preise für Kreditausfallversicherungen, die Marktteilnehmer eingehen, um sich gegen den Ausfall einer bestimmten Bank zu schützen. Dies kann in extremen Fällen dazu führen, dass bei einem Konsortialkredit manche Banken aus der Verhandlung aussteigen, während andere ohne Weiteres dazu bereit sind, dem Kunden zu dem vorgeschlagenen Zinssatz Geld zur Verfügung zu stellen.

Last but not least fließen auch noch die Verwaltungskosten einer Bank in die Berechnung des Zinssatzes mit ein. Es sind also nicht nur die bonitätsstarken Banken, die sich „Kampfpreise“ im Kreditgeschäft eher leisten können, sondern auch besonders effiziente Banken, die eine niedrige Cost-Income-Ratio aufweisen.

Preishebel Zusatzgeschäft

Erst danach, ganz zum Schluss, schlägt jede Bank noch ihre eigene Gewinnmarge obendrauf. Diese richtet sich auch nach der aktuellen Geschäftsstrategie: Banken, die gerade das Ziel verfolgen, im Kreditgeschäft zu wachsen, werden sich eher mit niedrigeren Margen zufriedengeben als solche, die gerade im Begriff sind, ihr Kreditbuch abzuschmelzen.

„Das kann ein Unternehmer von außen schwer antizipieren“, gibt Beil zu - betont aber noch zwei weitere Faktoren, die dazu führen können, dass einzelne Banken scheinbar überraschend aus Kreditgesprächen oder einem sich bildenden Konsortium aussteigen. Der eine Faktor ist die Transparenz des Kreditnehmers gegenüber seinen Banken. „Wenn die Qualität des Reportings und die Transparenz des Kreditnehmers vergleichsweise niedrig sind, können die Vorstellungen der Banken zu Margen und Risikokosten uneinheitlich werden“, berichtet Beil.

Noch wichtiger dürfte allerdings das berühmte Zusatzgeschäft sein, das ein Firmenkunde zu vergeben hat, schließlich entscheiden die allermeisten Banken nicht isoliert über die Rentabilität des Kredits, sondern berücksichtigen die gesamte Geschäftsbeziehung. Deshalb bieten jene Banken, die für ein Unternehmen zum Beispiel den Zahlungsverkehr oder die Absicherungsgeschäfte abwickeln, meistens attraktivere Kreditkonditionen an als solche Institute, die nicht zum Kreis der Kernbanken gehören. Die Aussicht auf Zusatzgeschäft ist also ein wirksamer Hebel in Preisverhandlungen mit Banken - aber natürlich nur, solange dieses Versprechen auch solide untermauert ist und die Bank sie für belastbar hält.

Welche Portfoliostrategie wird verfolgt?

zeb-Partner Kai Stefani spricht noch einen weiteren Einflussfaktor auf die Preisgestaltung von Bankkrediten an: die Portfoliostrategie einzelner Geldinstitute. „Die Portfoliosteuerung einer Bank kann dazu führen, dass sämtliche Unternehmen aus bestimmten Sektoren relativ bessere oder schlechtere Kreditkonditionen erhalten als in den Jahren davor. Dass hier außerordentliche Zu- oder Abgänge zu erwarten sind, ist für die Kreditnehmer meistens nicht transparent. Aber diese Portfolioperspektive nehmen die Banken seit rund drei Jahren vermehrt ein.“ Aktuell beobachtet der Bankenberater zum Beispiel - wenig überraschend - bei vielen Geldhäusern einen Abbau des Kredit-Exposures gegenüber energieintensiven Branchen.

Darüber hinaus können Makroschocks wie die stark gestiegenen Energiepreise oder gestörte Lieferketten laut Stefani dazu führen, dass Banken in solchen Phasen die Risikopuffer in ihren Kreditkonditionen erhöhen wollen, um den zu erwartenden höheren Ausfallraten entgegenzuwirken. Ob dies gelingt, darüber entscheidet auch die Intensität des Wettbewerbs unter den Kreditinstituten.

Wie hart der Euribor einschlägt

Wovon also hängen Kreditkosten nun am stärksten ab? „Das hängt enorm von der Bonität eines Unternehmens ab“, sagt Beil. „Die Kosten, die aus dem Euribor entstehen, sind für alle gleich. Bei Unternehmen guter Bonität kommen weniger als 2 Prozentpunkte für andere Kostenkomponenten hinzu.“

Je schwächer die Bonität, desto stärker verschiebt sich das Gewicht weg von den Veränderungen der Kapitalmarktzinsen hin zur Entwicklung der eigenen Bonität. Der Umstand, dass diese Verteilung bei jedem Unternehmen anders ist, führt zu teils außergewöhnlichen Entwicklungen, wie sie Beil regelmäßig erlebt. „Ich kenne Unternehmen“, berichtet der erfahrene Banker, „die sich im vergangenen Jahr prächtig entwickelt haben, aber wegen der Marktentwicklung jetzt trotzdem höhere Zinsen bezahlen“. Davor sei dies jahrelang andersherum gewesen, erinnert sich Beil: „Da hat der immer weiter fallende Euribor bei so manchem Unternehmen die Abschwächung der eigenen Bonität überkompensiert.“

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Bank.

WELT / ROHSTOFFE: DEUTSCHLAND KÖNNTE MEHR SELTENE ERDEN AUS GRÖNLAND ERHALTEN

Deutschland will sich unabhängiger von China bei den wichtigen Seltenen Erden machen. Dazu passend könnte eine grönländische Mine schon ab 2024 große Mengen liefern, meldet die „Wirtschaftswoche“.



Ab 2024 sollen größere Mengen von seltenen Erdmetallen lieferbar sein

Die Eigentümer eines großen Vorkommens im Südwesten Grönlands planen, vom Jahr 2024 an Seltene Erden abzubauen, wie sie etwa für Elektronikbauteile unverzichtbar sind. „Schon im nächsten Jahr können wir mit der Produktion beginnen“, sagte Greg Barnes, Geologe und privater Eigentümer des Unternehmens Tanbreez Mining, im Gespräch mit der „Wirtschaftswoche“.

Der grönländische Vizebergbauminister Jörgen Hammeken-Holm bestätigte dem Magazin, dass eine Abbaugenehmigung erteilt worden sei. „In Tanbreez allein stecken mehr als die Hälfte der weltweiten Reserven an Seltenen Erden“, sagte Barnes. Insgesamt seien es 19 Mio t Seltene-Erden-Oxid. 30% davon seien die extrem begehrten schweren Seltenen Erden.

Damit der Abbau beginnen kann, braucht es eine Fabrik, die Seltene Erden aus Eudialytgestein lösen kann. Solche Anlagen gibt es derzeit nur in Russland und China. Barnes sagte dem Magazin, eine entsprechende Fabrik werde schon in den nächsten Monaten in den USA gebaut. Es gebe auch Pläne für eine Produktionsstätte in Europa. Der Teil der Anlage, der die Seltenen Erden herauslöse, koste dank technischem Fortschritt nur noch rund 40 Mio US-Dollar. China habe vor 13 Jahren für seine Anlage 1,7 Mrd Dollar bezahlen müssen.

WELT / ROHSTOFFE: FINANZIERUNGSLÜCKE BEI WASSERSTOFFPROJEKTEN

Grüner Wasserstoff gilt als Schlüsselement für eine erfolgreiche Dekarbonisierung. In den Startlöchern stehen weltweit viele Projekte, die grünen Strom in den gasförmigen Energieträger oder weiter in Derivate umwandeln wollen - kurz Power-to-X (PtX) genannt. Mit entscheidend für eine endgültige Investitionsentscheidung ist die Finanzierung.

Die Bundesregierung unterstützt den Aufbau der globalen Wasserstoffwirtschaft unter anderem mit entsprechenden Förderprogrammen. Karim ould Chih von der deutschen Förderbank KfW erläutert im Interview mit GTAI, wie ein neuer Power-to-X-Fonds Wasserstoffprojekte außerhalb Europas zum Laufen bringen soll und wie die PtX-Plattform der KfW funktioniert.

GTAI: Herr ould Chih, im November 2022 hat die KfW auf der UN-Klimakonferenz COP27 in Ägypten Förderungen für PtX-Projekte angekündigt. Wann fließt das erste Geld?

Karim ould Chih: Wir gehen von 2024 aus. Ende letzten Jahres wurde die PtX-GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet, die Wasserstoffprojekte außerhalb Europas fördern soll. Seitdem sind wir dabei, sie zu operationalisieren. Wir möchten noch dieses Jahr einen ersten Aufruf zur Einreichung von Interessensbekundungen lancieren.

Unternehmen können sich dann mit Projektkonzepten bei uns melden. In einem zweiten Schritt können die aussichtsreichsten Vorhaben dann einen voll ausgearbeiteten Förderantrag stellen.

Wieso braucht es ein weiteres Förderprogramm?

Es gibt mittlerweile einige Initiativen im Bereich der technischen Unterstützung sowie PtX-Einzelförderungen auf Länderebene. Auf globaler Ebene fehlt bisher jedoch ein Förderprogramm für Investitionen in Sachgüter, also PtX-Anlagen, die dafür notwendigen erneuerbaren Energien sowie die dazugehörige Infrastruktur. Potenzielle Investoren melden aber großen Bedarf an einer Förderung durch Fremd- und Eigenkapital sowie Zuschüsse.

Mit dem PtX-Entwicklungsfonds schließen wir diese Lücke, was auch die vielen positiven Rückmeldungen belegen. Der Clou an dem Ansatz ist, dass der PtX-Fonds einen Investitionszuschuss gewährt, während die KfW Bankengruppe - zusammen mit weiteren Finanzinstituten - zusätzliche Finanzprodukte für das jeweilige Projekt bei erfolgreicher Prüfung anbietet. So können auch großvolumige Finanzierungen zustande kommen.

Welche Art von Projekten finanzieren Sie und wo genau?

Die Finanzierung kann entlang der gesamten Wertschöpfungskette erfolgen und ist technologieoffen. Für den internationalen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sind Großinvestitionen notwendig, das heißt Projekte sollten als absolutes Minimum 30 MW Elektrolyseleistung haben - idealerweise aber deutlich mehr. Der PtX-Entwicklungsfonds richtet sich an Vorhaben in Ländern des Globalen Südens, die ein nachweisliches Potenzial zur Produktion von grünem Wasserstoff haben.

Wir setzen den Fonds im Auftrag des BMZ um. Die Förderung soll möglichst strukturwirksam sein, das heißt auch über das Projekt hinaus positive Wirkungen entfalten. Dabei sollen vor Ort grüne Jobs und ein Teil der Wertschöpfung entstehen. Nur so kann eine sozial gerechte Energiewende in den Partnerländern gelingen.

Welche Rolle spielen die Zuschüsse aus dem PtX-Entwicklungsfonds in der Gesamtfinanzierung eines Projekts?

Grüner Wasserstoff ist aktuell in den meisten Fällen ohne Zuschüsse nicht wettbewerbsfähig gegenüber grauem Wasserstoff. Daher ist die Förderung aus dem PtX-Fonds sehr wichtig und ermöglicht es vielen Projekten erst, Bankdarlehen zu erhalten, also „bankable“ zu werden. Die Förderhöhe des Zuschusses liegt voraussichtlich im unteren bis mittleren zweistelligen Millionenbereich. Wir erwarten, dass wir damit Investitionen im dreistelligen Millionenbereich anstoßen können.

Der PtX-Entwicklungsfonds richtet sich an Institutionen und Unternehmen im Ausland. Wie profitieren deutsche Unternehmen davon?

Deutsche Unternehmen können sowohl als Projektentwickler, Investor oder Lieferant eine Rolle einnehmen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Wasserstoff oder Derivate aus den geförderten Projekten nach Deutschland exportiert werden. Eine Verpflichtung hierfür gibt es jedoch explizit nicht, denn im Fokus des Fonds steht gemäß dem Auftrag des BMZ die Förderung der Partnerländer.

Stellen wir uns ein deutsches Unternehmen vor, das Komponenten an ein PtX-Projekt in Südafrika liefern will. Passt Ihr Fonds dafür?

Der PtX-Entwicklungsfonds bietet keine direkte Förderung für das deutsche Unternehmen, das Komponenten liefert. Wir sind jedoch in Gesprächen mit einem weiteren Bundesministerium zu einem PtX-Wachstumsfonds, von dem insbesondere deutsche Investoren profitieren würden. Lieferungen deutscher Hersteller für PtX-Projekte sind bei beiden Fonds kein Förderkriterium, jedoch sehr willkommen.

Wie gehen Sie mit Projektvorschlägen um, die nicht zu den PtX-Fonds passen?

Wir haben mittlerweile ein großes Netzwerk im Bereich PtX aufgebaut. Dieses können wir nutzen, um vielversprechende Projekte, die nicht in die Förderbedingungen der Fonds passen, weiterzuvermitteln. Oder wir helfen bei der Suche eines Abnehmers für den grünen Wasserstoff. Hier kommt die PtX-Plattform ins Spiel, auf der die KfW verschiedene Initiativen bündelt und unter anderem für einen Wissens- und Kontaktaustausch sorgt.

Wie können sich Unternehmen vorbereiten, die einen Antrag stellen möchten?

Sie sollten unsere PtX-Plattform besuchen. Hier veröffentlichen wir auch die Förderkriterien, sobald diese finalisiert sind. Unternehmen können sich auch an PtX-financing@kfw.de wenden.

WELT / TRANSPORT: ERHOLUNG IM LUFTVERKEHR - SINKENDE FRACHRATEN IN DER SCHIFFFAHRT

Während die globalen Wirtschaftsaussichten weiterhin von Unsicherheit geprägt sind, verzeichnete der Transportsektor im jüngsten Coface-Barometer die höchste Anzahl von Heraufstufungen in puncto Risikobewertung. Diese Neueinstufungen fanden vor allem in Westeuropa, im Nahen Osten und in Japan statt. Sie stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit den Folgen der Wiedereröffnung Chinas, der Erholung des Tourismus und den Auswirkungen bestimmter staatlicher Maßnahmen. Die Gesamtrisiken bleiben jedoch aufgrund der hohen Energiekosten und der schleppenden weltweiten Nachfrage hoch.



Der Güterverkehr profitiert von den im Vergleich geringeren Energiekosten

Innerhalb des Transportsektors ist der Luftverkehr das Segment, das am stärksten unter der Pandemiekrise gelitten hat und daher die dynamischste Erholung erlebt. Die allmähliche Wiederöffnung der Volkswirtschaften seit dem zweiten Halbjahr 2021 hat die Situation spürbar verbessert. Gerade die Wiedereröffnung der Grenzen Chinas Anfang 2023 und Japans sowie die Lockerung der Reisebedingungen für internationale Touristen auch für die letzten Destinationen waren und sind zwei starke Stützen.

Auch die Zahl kommerzieller Flüge hat zugenommen und liegt mittlerweile über dem Niveau vor Beginn der Corona-Pandemie, auch wenn die Sitzplatzauslastung niedriger bleibt. Der asiatisch-pazifische Raum verzeichnete im April 2023 - insbesondere dank China - einen Anstieg des gesamten Passagieraufkommens um 171% im Vergleich zum Vorjahr. Trotz dieses starken Anstiegs bleibt die Nachfrage in der Region insgesamt jedoch niedriger 2019 (18%).

Ein Anstieg bei den Flugzeugbestellungen konnte bei Airbus und Boeing verzeichnet werden. Die Zahl der Orders belief sich 2022 auf 774 für Boeing und 820 für Airbus. Darüber hinaus verfolgen die Hauptakteure im Luftverkehr zunehmend Strategien mittels Innovationen im Bereich der Emissionen „sauberere“ Flugzeuge zu bauen. Zudem sind die Airlines motiviert, ihre Flotten so zu erneuern, um den Energieverbrauch zu senken.

Anders sieht es im Bereich des Seetransports aus, wo die Tätigkeit nach zwei außergewöhnlichen Jahren, geprägt von Container-Knappheit und hohen Frachtraten, leicht rückläufig ist. Von sehr hohem Niveau kommend, sinkende Seefrachtraten und die Stagflation in Europa belasten die Ergebnisse der Schifffahrtsunternehmen. Die Einnahmen von Maersk und der Linienreederei CMA CGM gingen im ersten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 26 beziehungsweise 30% zurück.

Die Umsatzrückgänge sind in erster Linie auf einen Preiseffekt - den Rückgang der Frachtraten - zurückzuführen, während die Volumina deutlich weniger rückläufig waren. So ist der Containerschlagsindex von Januar bis April 2023 im Vergleich zum Vorjahr nur um 3% gesunken. Dieser Rückgang wird zum Teil an den Schienen- und Straßenverkehr weitergegeben, der vor allem für den Transport von Gütern aus den Häfen genutzt wird. Der Güterverkehr profitiert derzeit von den im Vergleich zu 2022 niedrigeren Energie- und Kraftstoffkosten, die es dem See-, Schienen- und Straßenverkehr ermöglichen, das geringere Frachtaufkommen teilweise auszugleichen.